

# Frankreich

Joachim Schild

Innerfranzösische Ereignisse und innenpolitische Motive haben im vergangenen Jahr einen zunehmenden Einfluss auf die Gestaltung französischer Europapolitik gewonnen. So haben die Terroranschläge in Paris im Januar und November 2015 zu einem Drängen der Regierung auf europäische Absicherung und Ergänzung ihrer Politik der inneren Sicherheit und Terrorismusbekämpfung geführt. Vor diesem Hintergrund ist die im Laufe des letzten Jahres gesunkene Bereitschaft Frankreichs zu sehen, eine angemessene Last bei der Bewältigung der europäischen Flüchtlingskrise zu schultern. Auch die wachsende Unbeliebtheit von Staatspräsident François Hollande und seines Premierministers Manuel Valls, die zunehmende innere Zerrissenheit der sozialistischen Partei (PS) und die nahenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2017 haben dazu geführt, dass Europapolitik stark mit Blick auf die innenpolitischen Folgen gestaltet worden ist. Dies hatte Auswirkungen auf die Haushaltspolitik. Die Defizitreduzierung hat an Gewicht verloren und die Politik der Ausgabenbegrenzung wurde schrittweise aufgeweicht, um innenpolitische Brandherde – etwa in Form von Bauern- und Studentenprotesten – zu löschen. Auch die Verhärtung der französischen Position im Rahmen der TTIP-Verhandlungen über ein Handels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten lässt sich mit einem veränderten innenpolitischen Hintergrund und verstärkten gesellschaftlichen Widerständen gegen das geplante Abkommen erklären. Gleiches gilt für die lauten Rufe der Regierung nach einer Reform der Entsenderichtlinie, um eine gleiche Bezahlung osteuropäischer entsandter Arbeitnehmer mit ihren französischen Kollegen sicherzustellen und sogenanntes ‚Lohndumping‘ zu verhindern.

## **Terrorismusbekämpfung**

Die Terrorattentate in Paris am 7., 8. und 9. Januar 2015 gegen die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo, gegen eine Polizistin sowie in einem jüdischen Supermarkt (Hyper cacher) und insbesondere die koordinierten Attentate von Paris am 13. November 2015 hatten weitreichende Auswirkungen auf die Prioritätensetzung der französischen Europapolitik.

Zunächst wurden nach dem 13. November Grenzkontrollen wieder eingeführt, wie sie das Schengener Abkommen als zeitlich befristete Maßnahme erlaubt. Schon nach den Januarattentaten hatte Frankreich eine rasche Verabschiedung der europäischen Passagierdatenrichtlinie zur Einrichtung eines Fluggastdatensatzes (Passenger Name Record, PNR) gefordert, die eine umfangreiche Speicherung von personenbezogenen Fluggastdaten auf Flügen in die oder aus der Europäischen Union erlaubt. Die Novemberattentate öffneten dann ein Fenster der Gelegenheit zur endgültigen Verabschiedung der Richtlinie im April 2016, über die zuvor seit Jahren erfolglos verhandelt worden war. Dabei konnte Frankreich die verpflichtende Speicherung von Fluggastdaten rein innereuropäischer Flüge nicht

durchsetzen, die Speicherung bleibt freiwillig. Doch haben sich die Innenminister der Mitgliedstaaten im Dezember 2016 zu einer Speicherung auf freiwilliger Basis bereit erklärt.<sup>1</sup>

Daneben machte sich Innenminister Bernard Cazeneuve für einen verstärkten Datenaustausch über das Schengener Informationssystem (SIS) stark.<sup>2</sup> Auch drängte er auf eine Verschärfung der europäischen Gesetzgebung zum Handel mit Kleinwaffen und konnte die Europäische Kommission dazu bewegen, die Arbeit an ihrem diesbezüglichen Gesetzgebungsvorschlag zu beschleunigen und schon im November 2015 einen Entwurf vorzulegen. Schließlich forderte Paris, systematische Kontrollen auch von Unionsbürgerinnen und -bürgern an den Schengenaußengrenzen inklusive eines Abgleichs mit SIS und Interpol, um per Haftbefehl gesuchte Dschihadisten identifizieren zu können.<sup>3</sup> Im Rahmen eines von Frankreich initiierten Sondertreffens einigten sich die Innenminister am 20. November 2015 darauf, an den Schengenaußengrenzen zukünftig auch EU-Bürgerinnen und -Bürger systematisch zu kontrollieren. Diese Einzelmaßnahmen sind für Paris Bestandteile eines „europäischen Sicherheitspaktes“, dessen Verwirklichung es als unabdingbar für das Überleben des Schengener Abkommens und als angemessene Reaktion auf die terroristische Bedrohung betrachtet.<sup>4</sup>

Auch der von der Europäischen Kommission vorgelegte Aktionsplan gegen die Terrorismusfinanzierung<sup>5</sup> entsprach weitgehend französischen Vorstellungen, insbesondere im Hinblick auf die Überarbeitung der Richtlinie zur Geldwäsche, um etwa Internetplattformen für den Umtausch virtueller Währungen europäisch regulieren und die anonyme Nutzung von Zahlungsinstrumenten auf Guthabenbasis (Prepaid-Karten) zur Terrorfinanzierung erschweren zu können.

### **Flüchtlingsschwelle und europäische Migrationspolitik**

Frankreich war ungleich weniger als seine europäischen Partner von der Flüchtlingsschwelle des Jahres 2015 betroffen. Zwar sind die Asylbewerberzahlen im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent gestiegen, aber laut Eurostat lediglich auf 76.000 (Deutschland: 477.000). Nicht zuletzt wegen der schwierigen Arbeitsmarktlage zieht es wenige Flüchtlinge nach Frankreich.

Paris, das zunächst eine skeptische Haltung gegenüber der Umverteilung von Flüchtlingen einnahm, hat sich im Rahmen der europäischen Entscheidung zur einmaligen Umverteilung verpflichtet, insgesamt 30.000 Flüchtlinge beziehungsweise Asylbewerber in zwei Jahren aufzunehmen.<sup>6</sup> Im September 2015 plädierte Staatspräsident Hollande dann in einem gemeinsamen Brief mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an die europäischen Institutionen für verbindliche und dauerhafte Verteilungsregeln für Flüchtlinge, setzte sich für eine europäische Liste sicherer Herkunftsländer ein und sprach sich für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Asylrechts aus.<sup>7</sup>

---

1 Focus-online: EU-Parlament verabschiedet umstrittene Richtlinie, 14.4.2016.

2 The Economist: After Paris, drawbridges up?, 21.11.2015.

3 Le Monde: L'UE prête à modifier les règles de Schengen, 22./23.11.2015.

4 Compte rendu du Conseil des ministres du 13 janvier 2016: Les grands enjeux européens pour l'année 2016, abrufbar unter: <http://www.gouvernement.fr/conseil-des-ministres/2016-01-13/les-grands-enjeux-europeens-pour-l-annee-2016> (letzter Zugriff: 20.7.2016).

5 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Ein Aktionsplan für ein intensiveres Vorgehen gegen Terrorismusfinanzierung, KOM(2016) 50.

6 Le Monde: Migrants: Paris et Berlin valident le plan européen, 11.7.2015.

Unter dem Eindruck der Terroranschläge vom November 2015 lehnten 62 Prozent der Französischen und Franzosen laut einer IFOP-Umfrage allerdings die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ab.<sup>8</sup> Zwei der Attentäter der Terroranschläge des 13. November 2015 sind mit gefälschten syrischen Pässen als angebliche Flüchtlinge über Griechenland nach Frankreich eingereist, sodass es für Gegner offener Grenzen ein Leichtes war, die Verbindung zwischen der Flüchtlingswelle und der erhöhten Terrorgefahr herzustellen. Vor diesem Hintergrund waren Präsident und Regierung bemüht, Schritte und Themen zu meiden, die Marine Le Pen und dem Front National Wahlkampfmunition im nahenden Präsidentschaftswahlkampf liefern würden.

Die Priorität der Exekutive lag auf der zügigen Errichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen in Griechenland und Italien („Hotspots“), der Schaffung von Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen in den Nachbarländern Syriens und der Durchsetzung von Rückübernahmeabkommen mit den Herkunftsländern von irregulär in die Union eingereisten Migranten. In Bezug auf das Dubliner Abkommen plädierte Paris für die Beibehaltung der Asylverfahrenszuständigkeit der Staaten an den Außengrenzen, in denen Asylbewerber erstmals den Schengenraum betreten, unterstützte aber die von der Europäischen Kommission in einer Mitteilung vom April 2016 vorgeschlagene Option, dies mit temporären Umverteilungsmechanismen zu verbinden, falls die Zahlen kurzfristig in die Höhe schnellen.<sup>9</sup> Prioritär ist für Paris die Wiederherstellung eines effektiven Regimes zur Sicherung der Schengenaußengrenzen. So unterstützten die Regierung und die Nationalversammlung die Pläne der Kommission zum Ausbau von Frontex zu einer Grenz- und Küstenschutzagentur.<sup>10</sup> In einem gemeinsamen Brief an ihre Amtskollegen vom 4. Dezember 2015 machten sich der französische und der deutsche Innenminister ganz im Sinne der Kommission dafür stark, dass Frontex unter außergewöhnlichen Umständen eigenständig die Initiative zur Entsendung von Grenzschutzkräften ergreifen könne.<sup>11</sup>

In Frankreich ist die Entscheidung der Bundesregierung zur Grenzöffnung nur anfänglich auf Respekt und Unterstützung gestoßen. Als absehbar war, dass es sich nicht um eine einmalige, kurzzeitige Öffnung zur Linderung der Not der am Budapester Hauptbahnhof gestrandeten Flüchtlinge handelte, schwoll der parteiübergreifende Chor der Kritik rasch an.<sup>12</sup> In ungewöhnlich offener Weise und hart an der Grenze zur diplomatischen Brückierung formulierte Premierminister Valls seine Kritik an der Einwanderungspolitik Deutschlands anlässlich seiner Teilnahme an der Münchner Sicherheitskonferenz 2016.<sup>13</sup> „Diese zeitweise durchaus gerechtfertigte Politik ist auf Dauer nicht tragbar“, so der Regierungschef in einem Interview mit der Funke-Medien-Gruppe.<sup>14</sup> Er machte bei dieser Gelegenheit auch deutlich, dass Frankreich jenseits der zugesagten Aufnahme von 30.000 keine weite-

7 Bundesregierung: Deutsch-französische Initiative. Flüchtlingsfrage gesamteuropäisch lösen, abrufbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/09/2015-09-04-fluechtlinge-gesamt.html> (letzter Zugriff: 10.8.2016); vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung: Ein neuer Blick auf den Nachbarn, 2.9.2016; Le Monde: La lettre commune de François Hollande et d’Angela Merkel pour accueillir les réfugiés en Europe, 5.9.2015.

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Franzosen lehnen Aufnahme von Flüchtlingen ab, 19.11.2015.

9 Le Monde: Bruxelles envisage une réforme drastique du traitement des demandes d’asile, 7.4.2015.

10 Déclaration conjointe du 33ème Sommet franco-italien, Venedig, 8.3.2016; abrufbar unter: <http://www.elysee.fr/declarations/article/declaration-conjointe-du-33eme-sommet-franco-italien/> (letzter Zugriff: 27.7.2016); vgl. auch die Resolution der Nationalversammlung zum entsprechenden Verordnungsvorschlag der Kommission, Assemblée nationale: Texte adopté no 776, 28 juin 2016.

11 Le Monde: Face aux migrants, l’UE veut des gardes-frontières permanents, 13./14.12.2015.

12 Süddeutsche.de: Frankreichs Konservative entsetzt über Merkels Flüchtlingspolitik, 16.9.2016.

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Pariser Schlingerkurs, 16.3.2016.

ren Flüchtlinge mehr aufnehmen wolle. Damit begab sich die französische Regierung in offenen Gegensatz zur Position der Bundesregierung und auch Italiens, die sich für einen dauerhaften Umverteilungsmechanismus für Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union stark gemacht haben. In Deutschland hat diese von Frankreich eingenommene Zuschauerrolle im europäischen Flüchtlingsdrama zu Irritationen geführt. Umgekehrt gilt dies auch für das aus Sicht Frankreichs ungenügende Engagement der Bundesrepublik im Kampf gegen die Terroristen des Islamischen Staates. Staatspräsident Hollande forderte die Bundesrepublik nach den Terroranschlägen im November 2015 zu einem verstärkten Kampf gegen den IS an der Seite Frankreichs auf.<sup>15</sup>

Die Art und Weise, wie die Bundeskanzlerin Merkel vor dem Europäischen Rat in der Nacht vom 6. auf den 7. März 2016 mit dem damaligen türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu die Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei im Alleingang führte, hat in Frankreich zu erheblichen Verärgerungen geführt.<sup>16</sup> Auch zeigte sich Paris sehr reserviert im Hinblick auf die ins Auge gefasste Aufhebung der Visumpflicht für türkische Staatsbürgerinnen und -bürger.<sup>17</sup> So betonte Präsident Hollande, dass es „keinerlei Zugeständnisse im Bereich der Menschenrechte oder der Kriterien geben (dürfe), was für die Liberalisierung der Visaregulation gilt“.<sup>18</sup> Gemeinsam mit der Bundesrepublik hat Frankreich ein Positionspapier unterbreitet, das im Falle eines Inkrafttretens der Visafreiheit eine Art Notbremse vorsieht für den Fall einer starken Zunahme der Fälle unrechtmäßigen Aufenthalts nach Überschreiten der Drei-Monats-Aufenthaltsfrist, eines starken Anstiegs der Asylanträge oder wenn das Visafreiheit erhaltende Land sich weigert, aus EU-Staaten zurückgeschickte Migranten aus Drittstaaten wieder aufzunehmen. Dies wurde von der Kommission nach anfänglichem Zögern in ihre Verhandlungslinie zur Visaliberalisierung für die Türkei aufgenommen.<sup>19</sup>

## Brexit

Schon vor dem britischen Austrittsreferendum nahmen Frankreichs Präsident und Regierung eine eher unnachgiebige Haltung gegenüber britischen Sonderwünschen ein. Dies zeigte sich an der Reaktion auf die von Premierminister David Cameron geforderten Zugeständnisse seitens seiner europäischen Partner zur Neugestaltung des Verhältnisses zwischen seinem Land und der Europäischen Union. So stieß dessen Vorstellung, Anspruch auf britische Sozialleistungen für Arbeitsmigranten aus EU-Staaten erst nach vier Jahren zu gewähren, zunächst auf Skepsis.<sup>20</sup> Eine rote Linie zog Paris im Hinblick auf ein mögliches britisches Vetorecht bezüglich der rechtlichen Fortentwicklung der Eurozone.<sup>21</sup> Auch warnte Staatspräsident Hollande Großbritannien anlässlich des 34. französisch-briti-

---

14 WAZ: Frankreichs Premier Valls kritisiert Merkels Grenzpolitik, 12.2.2016, abrufbar unter: <http://www.derwesten.de/politik/frankreichs-premier-valls-kritisiert-merkels-grenzpolitik-id11558975.html> (letzter Zugriff: 21.7.2016).

15 Le Monde: Au-delà des discours solidaires, l'Allemagne s'engage modestement, 28.11.2015.

16 Le Monde: La nuit où Angela Merkel a perdu l'Europe, 17.3.2016; Le Monde: Paris marginalisé dans la gestion de crise, 9.3.2016.

17 Le Monde: Berlin et Ankara font cause commune, 24./25.1.2016.

18 François Hollande: Verteilung der Flüchtlinge bedarf Schutz der Außengrenzen (sic), Französische Botschaft in Berlin, 15.3.2015, abrufbar unter: <http://www.ambafrance-de.org/Verteilung-von-Fluchtlingen-bedarf-Schutz-der-EU-Aussengrenzen> (letzter Zugriff: 27.7.2016).

19 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Brüssel bremst Notbremse aus, 30.4.2016 und: EU-Kommission unterstützt „Notbremse“, 2.5.2016.

20 Le Monde: 'Brexit': 'David, on veut t'aider', 19.12.2015.

21 Le Monde: Cameron et l'UE: un accord contre le Brexit, 4.2.2016.

schen Gipfels in Amiens am 3. März 2016 vor den Folgen eines Austritts, während Wirtschaftsminister Emmanuel Macron gar mit der Einstellung der Grenzkontrollen am Ärmelkanal und damit mit der ungehinderten Weiterreise der im Flüchtlingslager Calais gestrandeten Flüchtlingen und Migranten drohte.<sup>22</sup>

Während der britischen Referendumskampagne machte Frankreich seine Präferenz für einen Verbleib des Landes in der Union zwar deutlich. Präsident Hollande und die Regierung übten sich aber in Zurückhaltung und mieden das Thema, um den Eindruck einer Einmischung von außen zu vermeiden.

Nach dem Brexit-Votum kam aus Paris, im Einklang mit Berlin, das Signal, dass eine Fortsetzung der Binnenmarktintegration Großbritanniens nur um den Preis einer fortgesetzten Arbeitnehmerfreizügigkeit zu haben sei.<sup>23</sup> Anders als die Bundeskanzlerin drängte Hollande aber auf eine schnelle Gangart im Rahmen des in Art. 50 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) festgelegten Austrittsverfahrens.<sup>24</sup> Auch ist eine französische Präferenz, gemeinsam mit Italien, für eine eher harte Verhandlungslinie zu erkennen, um nur wenige Sonderregelungen für einen Nichtmitgliedstaat zu vereinbaren. Damit dürfte sich Paris aber eher in einer Minderheitenposition wiederfinden.<sup>25</sup>

Aus den Reihen der Opposition war wiederholt Kritik an der fehlenden Initiative Frankreichs nach der Brexit-Entscheidung zu vernehmen, die mit der Diagnose einer Scheu vor Verantwortungsübernahme wegen des sinkenden Gewichts Frankreichs in Brüssel verbunden wurde.<sup>26</sup>

Eine Auswirkung des Brexit-Votums ist in der gestiegenen Skepsis gegen zukünftige Erweiterungsschritte der Europäischen Union zu sehen. Zwar hat Präsident Hollande betont, dass die seitens der Union eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Beitrittsaspiranten aus der Balkanregion nicht infrage gestellt würden. Aber zum einen hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ohnehin neue Erweiterungen im Rahmen der aktuellen Legislaturperiode ausgeschlossen, zum anderen haben führende Oppositionspolitiker ihre ablehnende Haltung im Hinblick auf künftige Erweiterungen unmissverständlich zu Protokoll gegeben und in Anbetracht der zunehmend autoritären Regression in der Türkei den Abbruch der laufenden türkischen Beitrittsverhandlungen befürwortet, so etwa Alain Juppé.<sup>27</sup>

Mit dem Brexit wird Frankreich seinen zentralen Partner für eine aktive außen- und vor allem sicherheitspolitisch-militärische Rolle der Europäischen Union verlieren, der, wie es selbst, in weltpolitischen Kategorien denkt. Der Verlust des britischen Partners dürfte die Rolle der französisch-deutschen Sonderbeziehung noch weiter stärken, in der Deutschland aber aufgrund der anhaltenden Wirtschaftsschwäche des französischen Partners mehr

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Paris droht London mit Grenzöffnung, 4.3.2016.

23 Le Monde: Le casse-tête des accords commerciaux post-Brexit, 28.6.2016.

24 Staatspräsident Hollande zum Brexit: Entscheidung respektieren und Konsequenzen daraus ziehen, Erklärung vom 24.6.2016, Französische Botschaft, Berlin, abrufbar unter: <http://www.ambafrance-de.org/Staatspraesident-Hollande-zum-Brexit-Entscheidung-respektieren-und-Konsequenzen> (letzter Zugriff: 21.7.2016).

25 Le Monde: Londres et Bruxelles se préparent à des négociations houleuses, 29.6.2016.

26 Vgl. etwa das Interview des potentiellen Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, Alain Juppé, in Le Monde: Juppé: „L'Europe est menacée de dislocation“, 28.6.2016. Zum sinkenden Einfluss Frankreichs in der Europäischen Union, vgl. Christophe Carresche/Pierre Lequiller: Rapport d'information déposé par la Commission des Affaires européennes sur l'influence française au sein de l'Union européenne, Assemblée nationale, No 4368, Paris, 2 février 2016.

27 Siehe Fußnote 26.

Gewicht besitzt. Allerdings ist eine Verstärkung der bilateralen sicherheitspolitischen und militärischen Beziehungen zu Großbritannien zu erwarten. Dies stünde in Verlängerung der 2010 in Lancaster House abgeschlossenen beiden bilateralen Verträge, die ein gemeinsames Expeditionskorps und rüstungspolitische Kooperationsprojekte vorsahen. Auch stellt Paris den Vertrag von Touquet von 2003 nicht infrage, der gemeinsame Grenzkontrollen vorsieht und in dem sich Frankreich verpflichtet, Flüchtlinge an der Überquerung des Ärmelkanals zu hindern.<sup>28</sup>

Staatspräsident Hollande ließ erkennen, dass er den Brexit-Schock für eine Initiativrolle Frankreichs zur Redynamisierung des Integrationsprojektes zu nutzen gedenke, insbesondere um den Schutz der inneren und äußeren Sicherheit der Unionsbürgerinnen und -bürger zu erhöhen. Allerdings ist derzeit kaum erkennbar, wie Frankreich die Unterstützung seiner Partner für Anliegen wie eine Stärkung der Eurozone (Eurozonenbudget und -parlament), eine Harmonisierung von Steuern und sozialen Regulierungsstandards, europäische Mindestlohnregelungen oder eine Vertiefung europäischer Verteidigungskooperation gewinnen könnte. Eine exklusive Konzertierung der Positionen mit Deutschland, wie von Hollande und auch von politischen Schwergewichten aus den Reihen der bürgerlichen Opposition gewünscht, stieß in Berlin auf wenig Gegenliebe.<sup>29</sup>

## TTIP

Das verstärkte Gewicht innenpolitischer Kalküle für die Gestaltung französischer Europapolitik lässt sich in der verhärteten Haltung Frankreichs zu den Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (in Frankreich auch als TAFTA – Transatlantic Free Trade Association bezeichnet) erkennen. In den letzten beiden Jahren hat die gesellschaftliche und politische Mobilisierung linker Globalisierungsgegner aus den Reihen der Grünen, der Linkspartei und Kommunisten, aber auch der rechtspopulistischen Front National, gegen „neoliberale“ Freihandelspläne deutlich zugenommen.<sup>30</sup> Dabei bildete in der öffentlichen Debatte vor allem die Frage der internationalen Schiedsgerichte zur Verhandlung von Investorenklagen gegen Staaten den Stein des Anstoßes.

Hatte Frankreich in den ersten beiden Jahren der Verhandlung eher die möglichen positiven Auswirkungen betont, so ist seit Herbst 2015 von Handelsstaatssekretär Matthias Fekl erstmals eine Beendigung der Verhandlungen ins Spiel gebracht. Er drohte damit für den Fall, dass sich ein für die Europäische Union ungünstiges Ergebnis abzeichne und Frankreich seine Anliegen bezüglich des Schutzes geographischer Produktherkunftsbezeichnungen im Hinblick auf den Zugang zu öffentlichen Beschaffungsmärkten nicht durchsetzen könne. Im April 2016 drohte Staatspräsident Hollande dann offen ein französisches Veto an, sofern das Vertragswerk Umwelt- und Gesundheitsstandards absenke und den US-amerikanischen Markt nicht genügend für europäische Anbieter öffne. Im Juni 2016 legte Premierminister Valls dann nochmals nach und stellte die Möglichkeit einer Einigung über TTIP grundsätzlich infrage.<sup>31</sup>

---

28 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Paris will Kooperation am Kanal fortsetzen, 1.7.2016.

29 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Traumpaar nur im Traum, 27.6.2016.

30 Elvire Fabry: Frankreich – ein Hort des Widerstandes gegen TTIP?, in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): DGAPAnalyse 7/2015.

31 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Hollande droht mit Abbruch der TTIP-Verhandlungen, 4.5.2016; vgl. auch Le Monde: Manuel Valls hausse le ton contre le Tafta, 28.6.2016.

## Eurozone und Haushaltspolitik

Hollande wiederholte sein Plädoyer zugunsten eines Eurozonenbudgets und -parlaments. Das Thema wird nach dem Brexit-Votum noch an Bedeutung für Paris gewinnen, wenn es darum geht, die aus seiner Sicht richtigen Lehren aus dem Referendum zu ziehen. Wirtschaftsminister Macron ging noch deutlich weiter als Präsident Hollande, als er einen europäischen Finanzausgleich forderte – „eine Währungsunion ohne Finanzausgleich, das gibt es nicht!“<sup>32</sup> – und sich für eine ‚Euro-Regierung‘ unter Führung eines mit starken supranationalen Befugnissen ausgestatteten Kommissars einsetzte. Diese Meinungsäußerung des Wirtschaftsministers, die nicht die offizielle Haltung der Regierung oder des Präsidenten wiedergibt, würde demnach eine Transferunion mit deutlich verstärkter supranationaler Governance kombinieren, zu der sich Frankreich bislang nie bereit fand.

Vor dem Hintergrund der Terrorakte in Paris vom 13. November 2016 stellte Hollande klar, dass der ‚Sicherheitspakt‘ Vorrang vor dem Stabilitätspakt habe und traf mit dieser Prioritätensetzung auf eine willfährige Kommission. Deren Präsident Juncker äußerte wie der französische Kommissar Pierre Moscovici Verständnis für diese Prioritätensetzung und stellte eine besondere Behandlung der zur Terrorbekämpfung eingesetzten Zusatzausgaben im Rahmen des seit 2009 gegen Frankreich laufenden Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits in Aussicht.<sup>33</sup> Auch als Frankreich zum wiederholten Male seine Ziele zum Abbau des strukturellen Defizits verfehlte, ließ die Kommission Milde walten und verzichtete auf eine Verschärfung des Verfahrens. Gefragt, warum Frankreich diese nachsichtige Behandlung erfahre, antwortete Kommissionspräsident Juncker in entwaffnender Offenheit: „Weil es Frankreich ist“.<sup>34</sup>

## Der lange Schatten des Wahlkampfs

Das wachsende Gewicht innenpolitischer Motive für die Gestaltung der französischen Europapolitik lässt sich auch an der Haltung der französischen Regierung zur Novelle der Entsenderichtlinie ablesen. Im März 2016 hatte die Europäische Kommission auf Drängen Frankreichs, Deutschlands und Belgiens vorgeschlagen, die Entsenderichtlinie von 1996 dahingehend zu reformieren, dass die Entlohnung von entsandten Arbeitnehmern derjenigen von Arbeitnehmern im Tätigkeitsland angenähert werden soll. Dies stieß in den osteuropäischen Mitgliedstaaten erwartungsgemäß auf Ablehnung. Anfang Juli drohte Premierminister Valls angesichts des ins Stocken geratenen Dossiers ganz offen mit einem Rechtsbruch, nämlich die geltende Entsenderichtlinie nicht mehr anzuwenden, falls die Reform keine Fortschritte mache.<sup>35</sup>

Die Arbeitnehmerentsendep Praxis und ähnliche Fragen, die mit verschärftem innereuropäischem Wettbewerb infolge der Osterweiterung zu tun haben, eignen sich hervorragend für Wahlkampfzwecke. Es steht praktisch außer Zweifel, dass Europathemen einen höheren Stellenwert in den anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlkämpfen einnehmen werden als in vergangenen Wahlkämpfen. Schon in den parteiinternen ‚Primaires‘ der Republikaner (Les Républicains) im November 2016 und der Sozialisten im Januar 2017 zur Auswahl ihrer Präsidentschaftskandidaten dürfte die Haltung zu Fragen europäischer

32 Vgl. sein Interview in der Süddeutschen Zeitung: „Wollen wir die Totengräber sein?“, 31.8.2015.

33 Le Monde: M. Hollande se délivre du ‘pacte de stabilité’, 18.11.2015 und: Bruxelles à l’heure du cas par cas sur le pacte de stabilité, 24.11.2015.

34 Frankfurter Allgemeine Zeitung: “Weil es Frankreich ist”, 2.6.2016. Das vollständige Interview ist abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=iw4e5pc7I34> (letzter Zugriff: 22.7.2016).

35 The Economist: Going posted, 9.7.2016.

Politik ein wichtiges Abgrenzungsmerkmal für die Bewerber sein. Gleiches ist für den Präsidentschaftswahlkampf selbst zu erwarten, zumal nach allen derzeitigen Umfragen die Kandidatin des Front National, Le Pen, im zweiten Wahlgang vertreten sein und für ein EU-Austrittsreferendum in Frankreich werben wird.

### **Weiterführende Literatur**

- Joachim Bitterlich: France-Allemagne: "rien ne va plus"? Une relation charnière a restaurer d'urgence, in: *Annuaire français de relations internationales* 16/2015, S. 369-374.
- Frédéric Bozo: Deutsche Stärke oder französische Schwäche? Die deutsch-französischen Beziehungen angesichts der neuen deutschen Außenpolitik. In: Martin Koopmann/Barbara Kunz (Hrsg.): *Deutschland 25 Jahre nach der Einheit: Partner, Führungsmacht, Modell? Genshagener Schriften* 3, Baden-Baden 2016, S. 73-83.
- Christophe Carresche/Pierre Lequiller: *Rapport d'information déposé par la Commission des Affaires européennes sur l'influence française au sein de l'Union européenne*, Assemblée nationale, No 4368, Paris, 2 février 2016.
- Ulrich Krotz/Joachim Schild: Frankreich – unverzichtbarer Partner deutscher Europapolitik, in: Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Europapolitik*, Baden-Baden 2016, S. 435-448.
- Mathieu Tardis: Zwischen Abschottung und Ambitionen. Arbeiten Deutschland und Frankreich in der europäischen Flüchtlingskrise zusammen?, in: *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: DGAPAnalyse* 7/2016.
- Matthias Waechter: Is France still a pivotal power in the EU? Reflections on the country's declining agenda-setting role, in: Hartmut Marhold (Hrsg.): *Europe under stress*, Denkart Europa 24, Baden-Baden 2016, S. 65-68.